

Sachsische Zeitung Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 224

Nr. 286 a

Wegpreis: monatlich 2 G.-M., bei 2maliger Zahlung 2,50 G.-M., unentgeltlich An- und Abnahmegebühr...

Halle - Saale

Anzeigenpreis: Die Hauptzeilen zu 2000, die Nebenzeilen zu 1000, die Kleinzeilen zu 500...

Dienstag, 6. Dezember 1927

Verlagsanstalt: Halle, Bernburger Str. 50, Fernruf Amt Kurpark Nr. 4290

Die gebührende Antwort für Braun

Das Schreiben des Reichskanzlers

Minister v. Reudell hat als Staatsbürger das volle Recht zur freien politischen Meinungsäußerung - Energetische Zurückweisung der Boykottandrohung

Berlin, 6. Dezember.

Die lang erwartete Veröffentlichung des Antwortschreibes des Reichskanzlers an den Ministerpräsidenten Braun ist heute mittags erfolgt. Der Brief ist gestern abend dem Minister zugeleitet worden und dürfte ihm nicht gerade zu besonderer Freude...

nommen hat, erscheint in diesem Zusammenhang wesentlich und leidet ohne weiteres zu der selbstverständlichen Feststellung über, daß das Telegramm des Herrn von Reudell als Privatbrief und nicht als ein Regierungsanspruch...

Der Reichskanzler betont nachdrücklich - und das mit Recht -, daß das Reichskabinett immer Wert auf gute Beziehungen zu den Ländern gelegt hat.

Der Reichskanzler ist in seinem Antwortschreiben eine solche Annahme ganz entschieden ab. Darüber hinaus soll er aber auch fest, daß weder eine scharfe Verurteilung noch ein orientativer Angriff vorgelegen habe...

Der Chef des Reichskabinetts weist denn auch auf das entschiedene diese unerhörte Boykottandrohung zurück und sieht gerade darin den Grund dafür, daß ihm jede Möglichkeit genommen worden ist, auf den ungewöhnlichen Ton und Inhalt des Briefes des preussischen Ministerpräsidenten näher einzugehen.

Die diplomatische Korrespondenz des 'Daily Telegraph' betont, daß man in London im Gegensatz zu den Gerüchten von dem negativen Ausgang der Konferenz überrascht sei. Die Stellungnahme Litwinows zu der Frage der Propaganda...

Für die Ehre der alten Armees

Da in der Frage des belgischen Frontkämpferkrieges weitere amtliche Schritte der Reichsregierung nicht bekanntgeworden sind, hält die Bundesleitung des Deutschen Offizierbundes es für ihre Pflicht, für die Ehre der alten Armees durch eine öffentliche Erklärung einzutreten.

Belgien hat durch Denkmäler in Dinant, Tirlemont und anderwärts, die in wahrheitswidriger Weise Darstellungen angeblicher Gräueltaten deutscher Soldaten gegen wehrlose belgische Frauen und Kinder enthalten, veranlaßt die Ehre der deutschen Armees zu schänden, und diese Schandung durch öffentliche Darstellungen zu verewigen.

Die Unterjuchungsansicht des Reichstages hat festgestellt, daß der belgische Volkskrieg eine Katastrophe ist, die durch nachdrückliches Abwiegeln nicht aus der Welt gehäuft wird. Er hat ferner festgestellt, daß dieser Volkskrieg in völkerverwundlicher Weise und vielfach mit einer unheimlichen Grausamkeit geführt worden ist.

Die im Volkskrieg von den Belgiern verübten Grausamkeiten sind durch eibliche Vernehmungen vieler Zeugen erwiesen: Gefangene und Verwundete sind verurteilt, viele Soldaten mitschuldig erschossen, Truppenteile zuerst freundschaftlich aufgenommen und dann hintertäuscht überfallen worden.

Die Gerüchte um Duesterberg

Nachmals: sein Austritt aus der D. N. B. P. Die falschen Meldungen von dem Austritt des Oberleitnants Duesterberg aus der Deutschen Nationalen Volkspartei haben in Berlin zu allen möglichen Kombinationen geführt. Wir hatten bereits am Montag die Nachrichten demontiert, verächtlich ist aber in unserer Dienst-Vorwarnung eine Berliner Meldung erschienen, die den Austritt Duesterbergs aus der D. N. B. P. als vollzogene Tatsache dringt und verschiedene Vermutungen daran knüpft.

Die Wahlparole des Stahlhelms

Der Stahlhelm sieht im heutigen Parlamentarismus und in der Parteiwirtschaft den Grundstoß unseres Wertungslebens. Deshalb lehnt er eine Empfehlung bestimmter Parteien ab.

Er kann nur solche Wahlvorschläge unterstützen, auf denen im Einvernehmen mit den Landesverbandsführern ausgebildete Stahlhelmamateren an sicherer Stelle aufgestellt sind. Die Landesverbandsführer werden aufgefordert, auf die Bildung der schmerzhaftesten Einheitsfront gegen die international-papstifizierte-marginalisierte Straße hinzuwirken.

Finnland und wir

In Berliner politischen Kreisen begründet man allgemein den heutigen 10. Jahrestag des belagerten Finnlands als eines unabhängigen Staates mit den aufrechtesten Männern, daß das Land einen weiteren Aufstieg unter fortwährender Festigung seiner inneren Staatlichkeit erleben möge. Zu dem Festtag, der heute in Helsinki feierlich begangen wird, sind auch eine Reihe führender deutscher Persönlichkeiten eingeladen worden.

gehalten habe, die mit dem Väterbundesstatut schwerlich in Einklang zu bringen war und weil Kapland niemals bereit gewesen sei, gleiche Väterbundstatute mit Polen und den baltischen Staaten abzuschließen.

Der diplomatische Korrespondent des 'Daily Telegraph' betont, daß man in London im Gegensatz zu den Gerüchten von dem negativen Ausgang der Konferenz überrascht sei. Die Stellungnahme Litwinows zu der Frage der Propaganda...

Terror statt akademischer Freiheit

Der Hausfallsauschuss des Thüringischen Landtages hat es nach hier vorliegenden Meldungen fertiggelassen, das Gehalt des Jenaer Universitätsprofessors Plate zu streichen, weil Plate offenbar kein überzeugter Republikaner

ist. Professor Plate ist der Ruchlocher Ernst Sedels und dessen geistlicher Vorgesetzter. Wenn die Linksparteien des Thüringischen Landtages der Ansicht sind, daß politisch unangenehme Hochschullehrer zur Weichenhaft gezogen werden sollen, so ist das eine Ansicht, über die wenigstens noch zu streiten ist.

Neue Wahlzüge

Durch die Linkspresse Mitteldeutschlands läuft eine Notiz, daß der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberleutnant a. D. Duesterberg eine Kandidatur für die nächsten Reichstagswahlen angenommen habe. Für dieser Meldung handelt es sich um eine glatte Fälschung.

Der Wiederhall der Genfer russisch-englischen Fühlungnahme in London

London, 6. Dezember. Mehrere die geistige Befriedigung zwischen Litwinow und Chamberlain berichtigte Berlin im 'Daily Telegraph', Ministerpräsident Chamberlain habe die von Litwinow zum Ausdruck gegebene Hoffnung auf baldige Wiederbeurteilung der diplomatischen Beziehungen nicht bestritten, daß Litwinow erneut an der Debatte teilnehmen könne, daß die Sowjetregierung für die unabhängigen Organisationen wie die kommunistische Internationale und die Weltfriedens-Internationale nicht verantwortlich sei.

Wieder die Möglichkeit des Abschlusses eines Nichtangriffspaktes der Sowjetunion mit England sagt Berlin, die diesbezüglichen Verhandlungen der Warschauer Regierung seien sehr lebhaft, weil Russland stets an einer Neutralitätsaufgabe fest-









